

**Jahrespressekonferenz der
Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Dortmund
am 9. April 2025
IHK-Präsident Heinz-Herbert Dustmann**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Jahrespressekonferenz der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. Ich freue mich sehr, Sie heute hier begrüßen zu dürfen. Heute legen wir Ihnen den Jahresbericht 2024 vor.

Der Jahresbericht ist eine Momentaufnahme. Allerdings sind die aktuellen Entwicklungen im Bereich von Politik und Wirtschaft so dynamisch, dass einem fast schwindelig werden kann. Die letzten Wochen und Monate haben uns gezeigt, dass wir in diesen aufgewühlten Zeiten mit fast allem rechnen müssen. Sowohl in Deutschland als auch weltweit.

Der neue US-Präsident Donald Trump ist noch keine drei Monate im Amt und doch hat er in dieser kurzen Zeit für unfassbar viele Schlagzeilen, Verwirrung und Vertrauensverlust bei jahrzehntelangen Verbündeten gesorgt. Seine permanenten Androhungen von Strafzöllen und seine imperialistischen Ansprüche auf Kanada oder Grönland sorgen nicht nur für Kopfschütteln. Viele Leute machen sich ernsthafte Sorgen, ob er seinen Worten nicht auch Taten folgen lässt.

Seine jüngsten Zollandrohungen bringen die EU und Deutschland unter erheblichen Handlungsdruck. Die von ihm am 2. April angekündigten 20 Prozent Importzölle auf alle Güter aus der EU sind ein schwerer Schlag für die Wirtschaft. Mit dieser aggressiven Zollpolitik eskaliert er den Handelskonflikt. Ich werde darauf gleich noch näher eingehen.

Für international tätige Unternehmen – denn der Einfluss der USA auf die Weltwirtschaft kann kaum überschätzt werden – sind solche Unsicherheiten sehr belastend.

Natürlich färben die geopolitischen Unsicherheiten auch auf die deutsche Politik ab. Wenn auf den NATO-Partner USA nicht mehr hundertprozentig Verlass ist, müssen Europa und Deutschland ihre Verteidigung wieder stärker in die eigenen Hände nehmen.

Verteidigung kostet viel Geld, Investitionen in die Infrastruktur auch. Union und SPD, die aktuell in Koalitionsverhandlungen sind, haben deshalb mit Unterstützung der Grünen noch im alten Bundestag für eine Grundgesetzänderung gesorgt, um ein gigantisches Sondervermögen von 500 Milliarden Euro auf den Weg zu bringen.

Mit so viel Geld geht allerdings auch viel Verantwortung einher. Dazu gleich mehr.

Lassen Sie mich vorab noch kurz einen Rückblick auf den Bundestagswahlkampf werfen.

Rückblick auf die Podiumsveranstaltung am 4. Februar 2025

Die Ergebnisse der Wahl im Bund sind Ihnen allen bekannt. Auch auf der regionalen Ebene in Dortmund und Hamm sowie im Kreis Unna haben sich viele Änderungen ergeben. Obwohl die SPD-Direktkandidaten alle ihre Wahlkreise gewonnen haben, so haben die Sozialdemokraten doch gerade bei den Zweitstimmen stark verloren. In Unna und Hamm wurde die CDU bei den Zweitstimmen stärkste Partei. Auch die AfD und die Linke hatten deutliche Zuwächse.

Unabhängig von unseren persönlichen Überzeugungen muss unsere IHK als Körperschaft des öffentlichen Rechts parteipolitisch neutral agieren. Deshalb haben wir am 4. Februar auch unseren Großen Saal für eine Podiumsdiskussion zur Verfügung gestellt, zu der die großen Dortmunder Wirtschaftsverbände eingeladen hatten. Auf dem Podium war dann auch ein Vertreter der AfD, was in der Öffentlichkeit für viel Kritik gesorgt hat.

Ich glaube, wer bei der Veranstaltung dabei war, wird uns recht geben. Es war richtig, dieses Format so stattfinden zu lassen. Politische Meinungen müssen in solchen Runden erörtert und die Argumente ausgetauscht werden – auch wenn das manchmal unangenehm ist. Aber für unsere Demokratie müssen wir kämpfen.

An dieser Grundeinstellung wird sich auch im kommenden Kommunalwahlkampf im Sommer nichts ändern.

Meine Damen, meine Herren,

es war ein kurzer, emotional sehr aufgeladener Bundestagswahlkampf. Der neue Bundestag hat sich mittlerweile konstituiert. Ich kann nur hoffen, dass wir bald eine funktionierende Bundesregierung haben und sich die Politik wieder mehr auf die großen Baustellen konzentriert, von denen es wirklich viele gibt.

Wirtschaft im Stimmungstief – Unternehmensumfrage

Mit Baustellen meine ich die Wirtschaft. Und um es vorwegzunehmen: Die Wirtschaft befindet sich nach wie vor im Stimmungstief.

Das geht aus der Umfrage hervor, die wir bis zur vergangenen Woche bei den Mitgliedsunternehmen im IHK-Bezirk Dortmund durchgeführt haben. Teilgenommen haben rund 350 Betriebe. Jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) beurteilt die gegenwärtige Lage als schlecht. Dieser Wert hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert.

Zum Vergleich: Im Herbst letzten Jahres waren es lediglich 18 Prozent der Unternehmen, die die gegenwärtige Lage als schlecht einstufen. Nur im November 2020 – nach rund einem halben Jahr in der Corona-Pandemie – schätzte die Wirtschaft in unserem IHK-Bezirk die gegenwärtige Lage mit 24 Prozent noch etwas schlechter ein.

Auch die zukünftigen Geschäftserwartungen werden eher verhalten eingeschätzt.

20 Prozent teilten uns mit, dass sich die Lage nicht verbessern wird. In den letzten eineinhalb Jahren waren die Werte noch etwas schlechter und lagen zwischen 23 und 25 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

noch laufen die Koalitionsgespräche von CDU und SPD. Im Mai könnte die Koalition wohl die Arbeit aufnehmen. Die Zeit drängt und die Wirtschaft hat eine hohe Erwartungshaltung an die zukünftige Bundesregierung.

In unserer Umfrage teilten uns die Unternehmen konkret mit, dass folgende drei Maßnahmen von der neuen Regierung vorrangig umgesetzt werden sollten:

- Bürokratieabbau
- Senkung der Strompreise
- Investitionen in die Infrastruktur

Im Übrigen: Wir haben unsere Unternehmen befragt, ob sie die neue Regierungsbildung von CDU/CSU und SPD begrüßen. Die Meinung ist sehr geteilt. 37 Prozent begrüßen diese „GroKo“, 31 Prozent sind eher skeptisch und nicht zufrieden.

Natürlich hoffen wir alle, dass kluge Wirtschaftspolitik diese Zustimmungswerte nach oben treibt. Wer als Unternehmer zufrieden ist, entwickelt Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger und investiert eher am Standort. Denn Misstrauen ist keine Basis für weitreichende Entscheidungen.

Aktuell hält sich das Vertrauen in die neue Bundesregierung ungefähr die Waage. Knapp ein Drittel der Unternehmen (28 Prozent) traut der Bundesregierung zu, die wesentlichen Aufgaben des Landes zu lösen. Fast die gleiche Anzahl (29 Prozent) traut ihr dies aber nicht zu.

US-Zölle besorgen die regionale Wirtschaft

Meine Damen und Herren,

wir müssen uns darauf einstellen, dass die Wirtschaftsleistung in Deutschland 2025 zum dritten Mal in Folge sinkt, die Prognosen sind sehr verhalten. Ein Grund für die anhaltende Konjunkturschwäche ist vor allem die Schwäche der Industrie. Fast wöchentlich erreichen uns Nachrichten vom geplanten Stellenabbau etwa in der Autoindustrie und bei den Zulieferern.

Die Unternehmen klagen über mangelnde Nachfrage und mangelnde Aufträge. In dieser Schwächephase sind die von den USA verhängten Zölle ein weiterer heftiger Schlag - für die regionale Wirtschaft und den gesamten globalen Handel.

Zwei Drittel der von uns befragten und im Exportgeschäft tätigen Unternehmen (64 Prozent) sorgen sich wegen dieser Entwicklung um das Wohlergehen der Wirtschaft.

Ich muss betonen, dass unsere Umfrage einen Tag vor der Trump-Ankündigung abgeschlossen wurde.

Dass der US-Präsident sich fast täglich - teilweise widersprüchlich - äußert, macht die Unsicherheiten nur noch größer.

Grundsätzlich gelten die 20-Prozent-Zölle für alle Einfuhren in die USA. Große Sorge herrscht in Schlüsselbranchen wie dem Maschinenbau und der Automobilzulieferer- und Chemieindustrie, für die die USA ein wichtiger Absatzmarkt sind.

Jetzt ist es wichtig, die genauen Auswirkungen zu analysieren und strategisch zu reagieren. Das ist Aufgabe der Bundesregierung und natürlich der EU. Stabile Handelsbeziehungen sind dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der IHK-Region, in NRW und in Europa zu sichern. Die Exporte aus NRW in die USA liegen bei 15,5 Milliarden Euro jährlich.

Trump sprach vom „Liberation Day“. Ich bin mir aber sicher, dieser Tag wird nicht als Befreiungstag in die Geschichte eingehen, sondern als Belastungstag – vor allem für die amerikanischen Konsumenten. Denn ein Fünftel ihres Konsums beziehen die Amerikaner aus dem Ausland.

Für uns ist wichtiger denn je, dass unsere Unternehmen ohne weitere Verzögerungen fit für den Wettbewerb gemacht werden. Brüssel und die künftige Bundesregierung in Berlin müssen jetzt ihre wirtschaftspolitischen Hausaufgaben machen.

Meine Damen und Herren,

alle Analysen, Umfragen und Studien zeigen, wie tief die Strukturkrise unserer Wirtschaft ist. An zu wenig Geld sollte es aber nicht mehr scheitern.

Mit der Grundgesetzänderung im noch alten Bundestag wurde die Schuldenbremse gelöst. In den kommenden zwölf Jahren steht ein zusätzliches „Sondervermögen“ von 500 Milliarden (!) Euro – wir reden aber natürlich von Schulden – für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung. Und theoretisch könnte Deutschland zukünftig ohne Obergrenze in die Verteidigung, Zivilschutz und Nachrichtendienste investieren.

In unserer Umfrage begrüßen (58 Prozent) gut 60 Prozent der Unternehmen die Einrichtung eines solchen Sondervermögens.

Ob diese Entscheidung die Wirtschaft wirklich voranbringen kann, hängt ganz wesentlich von der konkreten Umsetzung und von flankierenden Reformen ab.

Dieses Finanzpaket kann eine Chance sein – auch für das so dringend notwendige Wirtschaftswachstum und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die Milliarden müssen aber klug und effizient eingesetzt werden. Geschieht dies nicht, kann diese massive Verschuldung zu einem enormen Risiko werden. Denn klar ist: Unsere Wirtschaft muss mittelfristig wieder schneller wachsen als Schulden und Kreditzinsen.

Dieses Verschuldungspaket kann nur funktionieren, wenn die neue Regierung die strukturellen Probleme in unserem Land konsequent angeht und dringend notwendige Reformen umsetzt – sonst versandet das Geld.

Der Vergangenheit müssen endlich angehören:

- Die quälend langen Genehmigungsprozesse,
- veraltete Verwaltungen,
- marode Infrastruktur,
- hohe Steuern
- und die lähmende Bürokratie.

Meine Damen und Herren,

Sie können sich sicher sein, dass die IHK-Organisation nichts unversucht lässt, um bei den Koalitionsgesprächen genau diese Botschaften immer wieder zu platzieren.

Positive Wirtschaftsbeispiele aus der Region

Mit unseren Appellen an die Adressen der Politik machen wir uns nicht nur Freunde. Aber die IHK ist die Stimme der Wirtschaft und diese Stimme sollte gerade in schwierigen Zeiten auch gehört werden.

Ich möchte Ihnen aber auch noch einige positive Beispiele der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in den letzten Monaten aufzeigen.

Zu echten Landmarken sind die Neubauten von Materna auf Phoenix-West und der Continentale auf der Stadtkrone Ost geworden. Große Büroimmobilien sind immer auch klares Statement für den Standort und insofern freuen wir uns, dass namhafte IT-Dienstleister und Versicherungskonzerne sich hier so wohlfühlen und weiterwachsen. Das gilt im Übrigen auch für den Elektrolyse-Spezialisten ThyssenKrupp Nucera, der sein neues Hauptquartier in direkter Nachbarschaft zum Conti-Neubau eröffnet hat.

Innovative Produkte im Bereich der Wärme- und Energietechnologie stellt die Kueppers Solutions GmbH her und wurde dafür mit dem NRW-Innovationspreis 2024 ausgezeichnet.

Auch dieses Unternehmen sitzt im Technologiepark Phoenix-West – für mich ist das immer wieder ein wunderbares Beispiel dafür, wie gut und erfolgreich sich innovative Unternehmen auf alten Montanindustrieflächen ansiedeln können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

An der Speicherstraße im Hafen hat der neue „Lensing Media Port“ eröffnet – ein echtes Schmuckstück, wie ich hörte.

Und gute Nachrichten kommen auch aus Lünen, wo die Aurubis AG 40 Millionen Euro in eine neue Luftzerlegungsanlage investiert. Das Unternehmen gewinnt damit direkt vor Ort selbst Sauerstoff und Stickstoff und macht sich unabhängiger von Lieferengpässen. Recycelte Metalle sind für die Energiewende und die Industrie dringend notwendig.

Bis hierhin vielen Dank. Ich darf nun an Herrn Schreiber übergeben.